

# Rheinberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl E. Burmann

Druck und Verlag  
C. F. Burmanns Buchdruckerei,  
Rheinsberg

Anzeigen  
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-  
scheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 ge-  
plante Zeile oder deren Raum berechnet und bis  
vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 53 Fernsprecher Dienstag, den 6. Mai 1930. Nummer 37 36. Jahrgang

Berlin, den 5. Mai 1930.

## Chronik des Tages.

Am heutigen Montag beginnt der Haushaltsaus-  
schuß des Reichstags die Beratung des neuen Staats-  
haushalts; das Plenum des Reichstags tritt erst am 15.  
Mai wieder zusammen.  
Ämtlich wird nunmehr bekannt, daß Staatssekre-  
tar Dr. v. Schubert das Amt eines Nachfolgers über-  
nommen und der Vortragsdelegationatsrat Bernhard von  
Hörsing als sein Nachfolger im Auswärtigen Amt aus-  
gewählt ist.  
Am „Falle“-Prozess wurden sämtliche Angeklagte  
aufgehoben und die Verurteilung freigesprochen.  
Bei Montagetarbeiten an Hochöfen in Saarbrücken  
wurden drei Arbeiter ab, von denen zwei auf der Stelle  
wegen, während der dritte lebensgefährliche Verletzun-  
gen erlitten.  
Bei einem Strafverfahren in England  
wurde eine der Wagen, wobei mehrere Anzeigen bis  
zum Unentschieden verurteilt.  
In letzten Gefängnissen kam es in den letzten  
Tagen zu schweren Ausschreitungen der politischen Ge-  
fangenen.  
In Paris wurden die Hausangestellte Frieda  
ab und ihre Helferscheibe verhaftet, die in Berlin den  
Schmid der Frau Bankdirektor Dr. Franzel  
verhaftet hatten.

## Der 11,5-Milliarden-Etat.

Berlin, 5. Mai.  
Der Haushaltsplan für das Finanzjahr 1930-31,  
der schon am 1. April hätte in Kraft treten müssen,  
wurde nunmehr dem Reichstag in erster Lesung passiert  
und befindet sich in der neuen Woche des Hauptaus-  
schußes des Reichsparlamentes. Seine endgültige Verabschiebung  
wird dem Reichstag ist, sofern alles gut geht, Ende  
dieser Woche zu erhoffen. Bis dahin gilt ein Voretat.

Als im Saal die Reparationskonferenzen tagen  
und sich Auswärtigen für eine baldige Erleichterung  
der schweren Bürde der deutschen Tributlasten eröff-  
neten, dachte man in Berlin daran, das Jahr 1930  
in einem Jahr der Entlastung der Wirtschaft zu  
machen. Im Verlaufe der Etats-Vorbereitungen und  
unter dem fatalen Einfluß der Wirtschaftskrisen der letz-  
ten Zeit ist nun aber aus dem Jahr der Entlastung  
der Wirtschaft ein Jahr der Sanierung und der Er-  
haltung des Haushalte und der Steuererhöhungen  
geworden.

Aus den Mitteln des Haushaltsplanes 1930 müs-  
sen so z. B. der Fehlbetrag des Jahres 1928 in Höhe  
von 154 Millionen Mark und der doppelt so hohe  
Fehlbetrag des Jahres 1929 abgedeckt werden, um  
wenigstens für 1931 freie Bahn und damit Möglich-  
keiten für die Durchführung der Entlastungsaktion  
der Wirtschaft zu schaffen.

Abgesehen von dieser Belastung mit den Fehl-  
beträgen der vergangenen Jahre steht das Jahr 1930  
noch in einem besonderen Lichte, als es das  
erste Jahr der Durchführung des „Neuen Planes“ ist.  
Der Youngplan, den Dameshall bringt der neue Plan  
in Höhe von 703,8 Mill. M., nachdem das  
Jahr 1929, in dem der neue Plan vom 1. Sep-  
tember ab rückwirkende Kraft erhalten wird, eine Ent-  
lastung von 614,4 Mill. M. erfahren hat, die aber  
nicht ausreichte, um das Jahr 1929 in sich aus-  
zugleichen.

Die Ausgabe des Reichstags wird es nun sein, die  
Haushaltsführung in dem neuen Finanzjahr so zu  
gestalten, daß am Jahreschlusse abermalige ungün-  
stige Uebertragungen vermieden werden. Der Reichs-  
tag darf nicht vergessen, daß die wirtschaftliche De-  
pression in der wir uns jetzt langem befinden, zu  
einem großen Teile durch die zu starke Belastung  
abgegeben verhängt worden ist. Durch neue Steuer-  
erhöhungen, die dem im Uebermaß angewandten pri-  
vaten Mittel der Finanzpolitik, ist der Not der öffent-  
lichen Finanzen nicht mehr beizukommen. Denn jede  
weitere Belastung durch neue Steuern muß neue Wert-  
heitsverluste zum Erliegen bringen. Und dann fallen  
nicht nur Steuererhöhungen aus, sondern Reich, Länder  
und Gemeinden müssen neue, unvorhergesehene Aus-  
gaben für die Arbeitslosenversicherung und für soziale  
Angelegenheiten machen.

Das Schwergewicht der Sanierung der öffentlichen  
Finanzen muß deshalb auf der Ausgabenseite  
liegen. Hier werden alle Kräfte angezogen werden müs-  
sen, um die sich in ständiger Starke nach oben bewe-  
gende Entwicklung der Ausgaben anzuhalten und auf  
sonderer, wirtschaftlich und sozial erträglicher Grund-  
lage nach und nach zu abnehmender Entwicklung zu  
bringen. Leider ist das Selbstbild des neuen Haus-  
haltsplanes vom Standpunkt der Sparation aus wenig  
ermutigend.

Im ordentlichen und außerordentlichen Etat schließt  
der Haushaltsplan 1930 in Einnahme und Ausgabe

mit 8442,9 Mill. M., während der Haushalt 1929  
nur 7550 Mill. M. vorah. Es verbleibt also für  
1930 ein Mehr von 892,9 Mill. M. Zu den Reichs-  
ausgaben sind aber noch die Ueberweisungen des Reichs  
an die Länder in Höhe von mehr als drei Milli-  
arden Mark hinzuzurechnen, so daß der 8,4-Milliarden-  
Etat 1930 in Wirklichkeit ein 11,5-Milliarden-Etat ist.

Vergleicht man den neuen Haushaltsplan mit den  
Rechnungen der vergangenen Jahre, dann ergibt sich,  
daß die Reichsausgaben von 6,5 Milliarden Mark 1925  
auf 8,2 Milliarden Mark im neuen Haushaltsanfang  
gestiegen sind. Beim allgemeinen Staatsauswand be-  
trägt die Steigerung dabei 40 v. H., beim Behörden-  
aufwand 19 v. H. Die stärkste Steigerung weisen  
die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke und für die  
Schuldenentlastung auf. 1925 wurden für die So-  
zialversicherung 259,4 Mill. M. und für die Erwerbs-  
losenfürsorge 159 Millionen Mark ausgegeben, im  
Etat 1930 sind für die Sozialversicherung 578,9 Mill.  
Mark und für die Erwerbslosenfürsorge 435,1 Mill.  
Mark ausgeworfen. Im Gegensatz zu den Ausgabe-  
gruppen Wohlfahrtszwecken und Finanz- und Schulden-  
entlastung ist es bei den übrigen Ausgabengruppen mehr oder  
weniger gelungen, einer Ausgabensteigerung halt zu  
geben; teilweise konnten sogar gegenüber 1929 Er-  
parungen gemacht werden.

Als Schlusergebnis dieser Betrachtung er-  
gibt sich: Wenn endlich der allgemeine Auf nach er-  
höher Sparanleihe in der öffentlichen Verwaltung Er-  
folge zeitigen soll, dann ist dazu erforderlich, daß  
Reich, Länder und Gemeinden die unnütze Ausgabe  
vermeiden, die Parlamente Sparbeschlüsse durchhalten  
und in allen Stadien der Bevölkerung die Erkenntnis  
klar greift, daß die öffentliche Sparanleihe nicht nach  
dem Spruch: „Du lieber heiliger Florian, verschon  
mein Hans, zünd's ander an“ erreicht werden kann,  
sondern daß die erforderlichen Ausgabenbeschränkungen  
von allen getragen werden müssen.

## Bülow wird Staatssekretär.

Eine ämtliche Bekätigung. — Wechsel auch in der  
Personalabteilung. — Berlin, 5. Mai.

Zu den Zeitungsmeldungen über einen bevor-  
stehenden Wechsel in der Leitung des Auswärtigen  
Amtes und über Umgruppierungen in der Abteilung  
der deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland  
wird nunmehr ämtlich folgende Mitteilung veröffent-  
licht:

In der Presse sind in letzter Zeit wiederholt  
Nachrichten über Personalveränderungen im Dienst  
des Auswärtigen Amtes erschienen. Diese Nachrichten  
beruhen auf Kombinationen.

Zutreffend ist lediglich, daß im Zusammenhang  
mit diesem Advirement Staatssekretär von Schubert  
für die Uebernahme eines Postenpostens und als  
sein Nachfolger der Vortragende Legationsrat von  
Bülow in Aussicht genommen ist.

Des weiteren hat Ministerdirektor Schnei-  
der geäußert, ihn spätestens bis zum Herbst von der  
Leitung der Personalabteilung des Auswärtigen  
Amtes zu entbinden, um zu seiner Vollerfüllung  
zurückzukehren. Als sein Nachfolger ist der  
deutsche Botschafter in Eslo, Köster, in Aussicht ge-  
nommen.

Staatssekretär Dr. von Schubert steht seit  
1906 im diplomatischen Dienst und leitete seit 1924  
als Nachfolger Malins das Auswärtige Amt. Als  
solcher hat er als rechte Hand Stresemanns dessen  
Politik durchgeführt und Deutschland auf allen inter-  
nationalen Konferenzen — so auch in Locarno —  
teils allein, teils mit Stresemann vertreten.

Bernhard von Bülow wird der dritte Staats-  
sekretär des Auswärtigen Amtes sein, der diesen Namen  
trägt. Der Großvater des jetzigen Vortragenden Le-  
gationsrats von Bülow war unter Bismarck Staats-  
sekretär des Auswärtigen Amtes. Sein Sohn, also der  
Enkel des jetzigen Bernhard von Bülow, ist der be-  
kannnte Reichstanzler Fürst von Bülow.

## Der dritte Staatssekretär von Bülow.

Der dritte Bernhard von Bülow, also der neue  
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, ist 1885 ge-  
boren und hat im Auswärtigen Amt eine lange Kar-  
riere gemacht. Seit mehreren Jahren leitet er das  
3. B. B. und ist seit dem 1. April 1929 als  
Politikrat im Auswärtigen Amt tätig. Er hat  
in politischen Kreisen überallhin mit, ging von dem Reichs-  
minister des Auswärtigen Dr. Curtius aus.

Dr. Roland Köster, der als der neue Personal-  
chef im Auswärtigen Amt genannt wird, wolle am  
1. Juni sein 47. Lebensjahr. Er ist aus dem badischen  
Justizdienst hervorgegangen und ist seit 1912 im diplo-  
matischen Dienst bzw. im Auswärtigen Amt tätig.

## Freispruch im „Falle“-Prozess.

Die Kosten des Verfahrens der Staatsprozeß aufgelegt.  
— Hamburg, 5. Mai.

Nach dreiwöchiger Verhandlungsdauer verurteilte  
der Vorsitzende des Hamburger Schwurgerichts vor  
einer nichtgezügelter Zufahrmenge folgendes Urteil  
im Prozess wegen der Rebellensache des Dampf-  
schiffes „Falle“. Die Angeklagten Felix Brenzlau, Fran-  
ziska und Kapitän Bittler werden freigesprochen. Die  
Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten der Staats-  
kasse.

In der mündlichen Begründung des Urteils, die  
dessen Fällung das Gericht nur kurze Zeit benötigt  
hatte, sagte der Vorsitzende, die Angeklagten dürften  
sich nach diesem Freispruch nicht einbilden, daß sie  
mit reiner Wette aus dem Prozess hervorgegangen seien.  
Auf jeden Fall hätten sie gefährlich gehandelt und  
mit dem Leben und Schicksal eines Teiles der Mann-  
schaft ein freches Spiel getrieben. Sie hätten also  
keinerlei Recht, den Saal erhobenen Hauptes zu ver-  
lassen.

Auf Freispruch habe das Gericht erkennen müssen,  
weil ernte Zweifel darüber bestanden haben, ob der  
Tatbestand des Meißens erfüllt gewesen sei.

## Waffenfunde am Stößensee.

Hausjagd beim Marineclub. — Strafverfahren  
gegen einen Regierungsrat.

Der Polizeipräsident der Reichshauptstadt ver-  
öffentlicht eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Gegen 7 Uhr morgens wurden die an den  
Uferstegen des Jachthafens am Stößensee liegenden  
Boote des Deutschen Marine-Sportclubs und die  
Bwohnungen des Leiters dieses Sportclubs und des  
Regierungsrates beim Reichspostamt Dr. Ribben  
nach Waffen und Munition durchsucht. Dabei för-  
derde man eine beträchtliche Menge von Waffen  
und Munition zutage. So wurden u. a. folgende  
gefunden: ein Gewehr (Modell 98), sieben schwere Hand-  
granaten verschiedener Konstruktion, zwei Seiten-  
gewehre, 416 Patronen und eine erhebliche Menge  
sonstiger Munition, ferner zahlreiche Zubehörteile  
für Waffen, darunter Zubehörteile für Maschin-  
pistolen; außerdem wurden 600 Erhardt-Abzeichen  
gefunden.

Die Polizei ist anscheinend der Ansicht, daß es sich  
bei dem Marine-Club um eine Fortsetzung der ver-  
botenen Organisation Rifling handelt. Weiterhin soll  
Lübben ein früher Mitglied des Rifling-Bundes ge-  
wesen sein. Gegen die Mitglieder des Clubs wurde  
ein Strafverfahren eingeleitet.

## Keine Aufhebung des Stahlhelmsverbots.

Die Aufhebungs-Versprechung vom Reichsinnenminister  
abgelehnt. — Berlin, 5. Mai.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat die für Frei-  
tag dieser Woche angekündigte Versprechung mit Vertre-  
tern anderer Reichs- und preussischer Minister über die  
Aufhebung der Stahlhelmsverbote in Rheinland und in  
Westfalen abgelehnt.

Als Begründung hat er, wie jetzt ämtlich erklärt  
wird, darauf hingewiesen, daß der zweite Bundesführer  
des Stahlhelms, Dittberber, gegen Reichsinnenminis-  
ter Dr. Curtius und den Reichsinnenminister Dr.  
Wirth in einer am 27. April in Magdeburg gehaltenen  
Rede Angriffe gerichtet habe, die noch näher zu prüfen  
seien. Einmalige neue Schritte hingen von der weiteren  
Entwicklung der Dinge ab.

Oberleutnant Dittberber soll in Magdeburg aus-  
geführt haben, zu Wärmern wie Wirth und Dr. Curtius  
habe der Stahlhelm kein Vertrauen.

## Rundschau im Auslande.

In einer litauisch-polnischen Grenzkonferenz wurde  
eine Einigung über Fragen des kleinen Grenzverkehrs er-  
reicht.

## Verrentierung im polnischen Kriegsministerium.

Das Warschauer Kreisgericht hat den Haushalts-  
referenten des Kriegsministeriums, Maziarz, wegen Ver-  
rentierung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt.  
Maziarz hat 14 000 Reich aus der Kasse des Kriegs-  
ministeriums für eigene Zwecke ausgegeben.

## Schlagererei im tschechischen Parlament.

Am tschechischen Abgeordnetensaal in Prag kam  
es bei der Abstimmung über das Arbeitslosenge-  
setz zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten  
und Kommunisten, die schließlich mit einer Prügelei en-  
dete. Zwei Abgeordnete oberlegten sich, während sich andere  
Druckpapiere an die Köpfe warfen.